

SO-01 Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 28.10.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -
Grün in die Zukunft!

Antragstext

I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände, Überschwemmungen, Artensterben. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben all derer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Die multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir

30 müssen jetzt schnell und pragmatisch handeln und dürfen zugleich unsere
31 langfristigen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

32 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

33 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum
34 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger
35 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und
36 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

37 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten
38 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die
39 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen
40 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher
41 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die
42 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche
43 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie
44 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen
45 Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir für einen geringeren
46 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss
47 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale
48 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und
49 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben.

50 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige
51 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der
52 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei
53 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den
54 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei
55 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das
56 Wind-an-Land-Gesetz umgesetzt und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten
57 Wald- und Gewerbeflächen erleichtert. Zudem unterstützen wir die Kommunen dabei,
58 die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50
59 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen
60 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen
61 beantragen. Denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir
62 Hilfe.

63 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind
64 mehr Raum zu geben. Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am
65 Atomausstieg halten wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine
66 Hochrisikotechnologie, auch, weil für die Entsorgung des hochradioaktiven
67 Abfalls keine Lösung in Sicht ist. Deshalb setzen wir uns für einen
68 vollständigen Atomausstieg ein. Die Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für
69 die Bürger*innen, den Klima- und Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

70 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60
71 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur
72 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen
73 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft
74 gleichzeitig klar Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind damit
75 bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch in den
76 nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität. Deshalb
77 setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für Investitionen in
78 eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu stellen.

79 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir Bündnis 90/ Die Grünen NRW uns für
80 folgende Maßnahmen ein:

- 81 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch
82 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf
83 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den
84 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze
85 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und
86 Biodiversitätsschutz.
- 87 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der
88 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 89 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den
90 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der
91 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 92 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur
93 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen
94 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung
95 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene
96 gründen.
- 97 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,
98 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu
99 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der
100 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 101 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser
102 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-
103 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und
104 verpflichtend digitalisieren.
- 105 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu

106 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir
107 Anwohner*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen
108 beteiligen können.

109 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner*innen
110 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und
111 Musterrahmenverträge ausarbeiten.

112 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von
113 Energiespeicher mit den richtigen Anreizen ein.

114 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine
115 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese
116 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der Nachhaltigen
117 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der
118 Erreichung der Klimaziele setzen.

119 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

120 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine
121 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der
122 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit
123 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem
124 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE
125 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und
126 Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg
127 betroffenen Beschäftigten können auf unsere Unterstützung zählen: Niemand soll
128 ins Bergfreie fallen. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger
129 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für
130 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei
131 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Als Partei
132 tragen wir diese pragmatische Entscheidung zugunsten einer sicheren
133 Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen von Morgen zu vergessen.
134 Der Meilenstein des Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung
135 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie
136 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, den ehemaligen Weiler
137 Lützerath zu erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht
138 vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in
139 der letzten Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen
140 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns
141 darüber bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer
142 erträglich ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die
143 Klimakrise auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den
144 Bereichen der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und
145 Konsum. In den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen

146 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

147 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

148 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine
149 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der
150 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten
151 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz
152 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und
153 nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der Krise die
154 Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss mit
155 zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden. Dafür
156 stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und
157 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen
158 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur
159 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen
160 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels
161 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –
162 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten
163 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen
164 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO₂-Emissionen einsparen wird. Damit
165 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler
166 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale
167 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der
168 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt
169 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben
170 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von
171 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die
172 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug
173 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler
174 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,
175 Bundes- und europäischer Ebene ein.

176 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind
177 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und
178 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die
179 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine
180 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es
181 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung
182 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

183 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen
184 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie
185 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei
186 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht - die

187 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen
188 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch
189 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese
190 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen
191 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern als Wirtschaftskraft und
192 Arbeitgeber*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für
193 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle
194 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten
195 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere Grünen Vertreter*innen in
196 Regierung und Parlamenten.

197 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für
198 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und
199 beschleunigen die Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der
200 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurlung der Konjunktur setzen wir nicht auf
201 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf
202 gezielte Hilfe.

203 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 204 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in
205 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.
- 206 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen
207 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und
208 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.
- 209 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der
210 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei
211 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.
- 212 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und
213 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie z.B. nachhaltige
214 Innovationen.
- 215 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die
216 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur
217 Anwendung zu bringen.
- 218 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung
219 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das
220 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und
221 gefördert wird.

- 222 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu
223 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für
224 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf
225 Bundesebene ein.

226 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

227 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses
228 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen
229 sind ungleich verteilt. Alle Bürger*innen merken die rasanten Preissteigerungen
230 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der
231 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis
232 sind, führen sie vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu
233 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und
234 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist
235 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche
236 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten und
237 Gewerkschaften als demokratisches Mittel; sie bilden einen Organisations- und
238 Resonanzraum für politische Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und
239 fördern den gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen
240 wichtiger denn je. Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und
241 Unsicherheiten der Menschen von anderer Seite für Hass und Hetze
242 instrumentalisiert werden. Das lassen wir nicht zu und solidarisieren uns mit
243 allen, die unsere Unterstützung brauchen. Für Bündnis 90/Die Grünen gilt immer
244 und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein Fußbreit den Faschisten.

245 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

246 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden
247 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten
248 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen
249 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die
250 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein großer Teil der
251 Bevölkerung nicht, wie sie die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen
252 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen
253 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen
254 sich um ihren Wohlstand, für andere in diesem Land klingt das Versprechen des
255 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf
256 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt
257 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.
258 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein
259 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die
260 Wirtschaft und Institutionen wie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen
261 werden wir nur solidarisch bewältigen.

262 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu
263 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige
264 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen
265 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen
266 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

267 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 268 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine
269 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau
270 zu bringen, welches die Bürger*innen genauso wie die Unternehmen und
271 Kommunen im Land vor Überforderung schützt.

- 272 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten
273 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den
274 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich
275 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.

- 276 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund
277 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,
278 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen
279 verrechnet oder gepfändet werden.

- 280 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial
281 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene
282 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die
283 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der
284 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.

- 285 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine
286 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der
287 Mindestausbildungsvergütung, ein.

- 288 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche
289 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,
290 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu
291 entlasten.

- 292 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns
293 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der
294 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit
295 geringeren Einkommen zu entwickeln.

- 296 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,

297 beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

298 **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

299 Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine
300 klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
301 sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die
302 wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist
303 keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische
304 Maßnahmen folgen.

305 Die drei Entlastungspakete, die unter Grüner Regierungsbeteiligung im Bund
306 verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger*innen in
307 ihren individuellen Lebenssituationen, und vor allem die, die wenig haben, für
308 den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass
309 der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den
310 Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die
311 Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine
312 Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und
313 der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:
314 eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale
315 Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform
316 mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und
317 Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und
318 teilhablesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,
319 dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen
320 erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer
321 Einkommen sind ein falsches politisches Signal.

322 Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese
323 Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken
324 schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu
325 stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,
326 die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner*innen und
327 Menschen, die von Armut betroffen sind.

328 Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur
329 verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke
330 soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien haben auch in den
331 letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen gehabt. Zugleich
332 ist noch sehr viel deutlicher zutage getreten, was viel zu lange nicht im Fokus
333 der Politik war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender
334 Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der
335 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

336 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 337 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: Die noch immer
338 anhaltende Corona-Pandemie und der Fachkräftemangel. Dazu kommen viele
339 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der
340 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir
341 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita
342 Programm ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.
- 343 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.
344 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre
345 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum
346 werden wir das Alltagshelfer*innenprogramm verlängern und wollen es weiter
347 verstetigen.
- 348 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und
349 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen
350 erhalten.
- 351 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den
352 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut
353 sorgen wir genau dafür.
- 354 • Kinder dürfen nicht wieder zu Leittragenden der Krise werden. Wir setzen
355 uns dafür ein, dass der von der Energiekommission vorgeschlagene
356 Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur für Kinder und
357 Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land dafür
358 Verantwortung, Vorsorge zu betreiben, damit Kitas offen und warm bleiben.
359 Gerade in Zeiten multipler Krisen brauchen Kinder und Familien
360 verlässliche Strukturen.
- 361 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es
362 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land
363 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzten wir
364 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

365 **Starke soziale Strukturen schaffen**

366 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft
367 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf
368 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr sein
369 für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – über den Krisenmodus hinaus. Gerade in
370 Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales
371 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart

372 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist
373 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur
374 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen
375 Lebensbereichen.

376 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 377 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch soziale Infrastruktur
378 umfassend schützen.

- 379 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und
380 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen
381 wir entschieden an.

- 382 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten
383 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen
384 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches
385 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnsektor
386 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche,
387 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen ein für eine bessere
388 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sowohl einen entscheidenden
389 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung
390 von insbesondere Frauen als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt leistet.

- 391 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes
392 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahen und behördenunabhängigen
393 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv
394 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.

- 395 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und
396 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren
397 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche
398 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich
399 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,
400 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf eine
401 deutliche und angemessene Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes,
402 um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.

- 403 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen den
404 öffentlichen Wohnungsbau fördern und für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.

- 405 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und Housing-First
406 Programme, sowie Vermittlungsinitiativen, die sich für die Absicherung
407 bestehender Mietverhältnisse einsetzen, unterstützen.

- 408 • Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und
409 weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen,
410 soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei
411 altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote
412 der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der
413 Bewohner*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen
414 Quartiersmanager*innen unterstützen.
- 415 • Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss abgesichert sein und sowohl den
416 Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung tragen. Wir
417 wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine
418 Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.

419 **Gemeinsam aus der Krise**

420 Das Land befindet sich inmitten von schwierigen Zeiten. Die Bürger*innen
421 erwarten von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und
422 soziale Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus
423 der Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung
424 mit sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine
425 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes- und Landes- und
426 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres
427 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und
428 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins
429 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit
430 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus
431 der Krise.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Manfred Hoffmann (KV Mülheim), Maria-Charlotte Koch (KV Rhein-Sieg)